



# Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Herausgegeben von der Sächsischen Staatskanzlei

Nr. 2/2004

Dresden, den 20. Februar 2004

F 48501

## Inhaltsverzeichnis

Seite

23. 01. 2004	<b>Gesetz zur Änderung des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes</b>	25
02. 02. 2004	Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Verordnung über die Voraussetzungen der Anerkennung als Kur- oder Erholungsort im Freistaat Sachsen vom 24. April 1995	27
21. 01. 2004	Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Regelung der Zuständigkeiten nach dem Energieeinsparungsgesetz und zur Durchführung der Energieeinsparverordnung (Sächsische Energieeinsparungs-Zuständigkeits- und Durchführungsverordnung – SächsEnZustDVO)	28
28. 01. 2004	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung und Aufhebung von Verordnungen	33
29. 01. 2004	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales über die Erweiterung der Beitragspflicht zur Tierseuchenkasse	33
20. 01. 2004	Verordnung des Regierungspräsidiums Chemnitz über die Festlegung eines Planungsgebietes zur Sicherung der Planung für den Bau der Zschopauer Straße (B 174) zwischen Cervantesstraße und Gornauer Straße in Chemnitz	34
21. 01. 2004	Verordnung des Regierungspräsidiums Leipzig zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über die Festlegung des Planungsgebietes zur Sicherung der Planung für den Bau der Staatsstraße 32, Lommatzsch – Waldheim, Verlegung in Döbeln, vom 13. Februar 2002	37
19. 01. 2004	Berichtigung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus der Verordnung zur Änderung der Schulordnung Förderschulen, der Schulordnung Mittelschulen, der Verordnung über die Abschlussprüfungen an Mittelschulen des Freistaates Sachsen, der Schulordnung Gymnasien und der Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung	37

Beilage

**Inhaltsverzeichnis des Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblattes Jahrgang 2003**

## Gesetz

### zur Änderung des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes

Vom 23. Januar 2004

Der Sächsische Landtag hat am 18. Dezember 2003 das folgende Gesetz beschlossen:

#### Artikel 1

##### Änderung des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes

Das Gesetz über den privaten Rundfunk und neue Medien in Sachsen (Sächsisches Privatrundfunkgesetz – SächsPRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Januar 2001 (SächsGVBl. S. 69, 684), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. März 2003 (SächsGVBl. S. 37), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 42 wie folgt gefasst:  
„§ 42 Untersagung der Verbreitung“.

2. § 4 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 wird wie folgt gefasst:  
„5. beim Übergang zur ausschließlich digitalen Übertragung die Rundfunkveranstalter mit denjenigen Programmen vorrangig zu berücksichtigen, die im Gebiet des Freistaates Sachsen am 1. Januar 2001 analog terrestrisch verbreitet wurden.“
3. § 6 Abs. 5 Satz 4 wird gestrichen.
4. § 10 Abs. 2 Satz 4 wird wie folgt gefasst:  
„Beim Übergang zur ausschließlich digitalen terrestrischen Übertragung sind Rundfunkveranstalter mit denjenigen Programmen vorrangig zu berücksichtigen, die im Gebiet des Freistaates Sachsen am 1. Januar 2001 analog terrestrisch verbreitet wurden.“

5. § 11 wird wie folgt geändert:
- a) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:  
„(2a) Die Landesanstalt kann nach Anhörung der Betroffenen die Zulassung dahingehend verändern, dass den Veranstaltern andere technische Übertragungskapazitäten der gleichen Verbreitungsart (Kabel, Terrestrik, Satellit) zugeordnet werden, falls dadurch eine bessere Versorgung des jeweiligen Gebietes erreicht werden kann und die technische Reichweite sowie die Anzahl der Übertragungskapazitäten nicht wesentlich von der Zulassung abweichen. In der Neuordnung ist ein Ausgleich für mit ihr im Zusammenhang stehende nachgewiesene wirtschaftliche Nachteile für einen angemessenen Zeitraum zu regeln.“
- b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:  
„(3) Die Zulassung ist nicht übertragbar. Bei wesentlichen Änderungen der Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse des Veranstalters oder der sonstigen Rechtsbeziehungen nach § 9 Abs. 1 Satz 2 und 3 genehmigt die Landesanstalt die Fortsetzung der Veranstaltertätigkeit, wenn dies den Erfordernissen der Meinungsvielfalt und der Ausgewogenheit im Rahmen der Zulassung nicht widerspricht und die Kontinuität des Gesamtprogramms und des Sendebetriebs gesichert ist. Eine wesentliche Änderung im Sinne von Satz 2 ist insbesondere anzunehmen, wenn ein Gesellschafter 10 Prozent oder mehr der Gesellschaftsanteile erwirbt oder ein Gesellschafter durch den Erwerb von Gesellschaftsanteilen unabhängig von deren Höhe erstmals 25 Prozent oder mehr der Gesellschaftsanteile hält oder ein Gesellschafter durch den Erwerb von Gesellschaftsanteilen unabhängig von deren Höhe erstmals 50 Prozent oder mehr der Gesellschaftsanteile hält.“
6. Dem § 23 wird folgender Satz angefügt:  
„§ 28 Abs. 1 Satz 2 Nr. 12 bleibt unberührt.“
7. § 28 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:
- a) Der Punkt am Ende der Nummer 16 wird durch ein Komma ersetzt.
- b) Nach Nummer 16 wird folgende Nummer 17 angefügt:  
„17. ergänzende kulturelle Filmförderung.“
8. § 29 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:  
„(3) Für die in Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 bis 29 genannten Organisationen und Gruppen haben die jeweiligen Landesvereinigungen das Entsenderecht. Besteht keine Landesvereinigung, legen die jeweiligen Organisationen oder Gruppen innerhalb der einzelnen Bereiche einvernehmlich fest, wer von ihnen ein Mitglied für die gesamte Amtszeit der Versammlung entsendet. Die Wahl eines Mitglieds ist spätestens einen Monat vor Ablauf der Amtszeit der Versammlung von der entsendenden Organisation oder Gruppe durchzuführen. Solange und soweit Mitglieder in die Versammlung nicht entsandt werden, verringert sich die Mitgliederzahl der Versammlung entsprechend.“
9. § 31 Abs. 5 wird wie folgt geändert:
- a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:  
„1. Mitglied der Regierung des Bundes oder eines Landes oder Mitglied der gesetzgebenden oder beschließenden Organe der Europäischen Gemeinschaften, des Europarates, des Bundes oder eines Landes ist.“
- b) In Nummer 6 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.
- c) Nach Nummer 6 werden die folgenden Nummern 7 und 8 angefügt:  
„7. kommunaler Wahlbeamter, Bediensteter oberster Bundesbehörden, oberster Landesbehörden oder Beamter ist, der jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden kann,  
8. Beschäftigter der Landesanstalt oder Beschäftigter anderer Landesmedienanstalten ist.“
10. § 42 wird wie folgt gefasst:
- „§ 42  
Untersagung der Verbreitung**
- Die Landesanstalt untersagt die Verbreitung oder Weiterverbreitung eines Programms, wenn
1. der Veranstalter nach dem für ihn geltenden Recht zur Veranstaltung von Rundfunk nicht befugt ist oder gegen Urheberrecht verstößt,
  2. das Programm nicht inhaltlich unverändert, vollständig und zeitgleich verbreitet wird,
  3. das Programm nicht den Anforderungen des § 37 Abs. 1 Satz 3 dieses Gesetzes oder des § 4 Abs. 1 oder 2 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages entspricht,
  4. die nach § 37 Abs. 2 Satz 2 geforderte Gewährleistung oder Garantie nicht besteht oder
  5. das Recht der Gegendarstellung oder ein ähnliches Recht nicht gewährleistet ist.
- Die Verbreitung eines Fernsehprogramms kann abweichend von Satz 1 nicht untersagt werden, wenn das Programm in rechtlich zulässiger Weise und entsprechend den Bestimmungen des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen veranstaltet wird; die Weiterverbreitung kann nur unter Beachtung europäischer rundfunkrechtlicher Regelungen ausgesetzt werden. Eine Untersagung ist dem Veranstalter und dem Kabelbetreiber zuzustellen.“
- Artikel 2  
In-Kraft-Treten**
- Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.
- Dresden, den 23. Januar 2004
- Der Landtagspräsident  
Erich Iltgen**
- Der Ministerpräsident  
Prof. Dr. Georg Milbradt**

**Verordnung**  
**der Sächsischen Staatsregierung**  
**zur Änderung der Verordnung über die Voraussetzungen der Anerkennung**  
**als Kur- oder Erholungsort im Freistaat Sachsen vom 24. April 1995**  
**Vom 2. Februar 2004**

Aufgrund von § 6 Abs. 1 und 2 des Sächsischen Gesetzes über die staatliche Anerkennung von Kurorten und Erholungsorten im Freistaat Sachsen (Sächsisches Kurortegesetz – SächsKurG) vom 9. Juni 1994 (SächsGVBl. S. 1022), das zuletzt durch Artikel 31 der Verordnung vom 10. April 2003 (SächsGVBl. S. 94, 97) geändert worden ist, wird nach Anhörung des Landesbeirates für Kur- und Erholungsorte verordnet:

**Artikel 1**

Dem § 10 der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Voraussetzungen der Anerkennung als Kur- oder Erholungsort im Freistaat Sachsen (ANVO SächsKurG) vom 24. April 1995 (SächsGVBl. S. 145) wird folgender Satz angefügt:

„Satz 2 gilt für die in der Anlage genannten Gemeinden und Gemeindeteile mit der Maßgabe, dass frühere Anerkennungen spätestens 15 Jahre nach In-Kraft-Treten dieser Verordnung erlöschen.“

**Artikel 2**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Dresden, den 2. Februar 2004

**Der Ministerpräsident**  
**Prof. Dr. Georg Milbradt**

**Der Staatsminister**  
**für Wirtschaft und Arbeit**  
**Dr. Martin Gillo**

**Anlage**  
(zu § 10)

**Gemeinde** (Schlüsselnummer)

**Bad Düben, Stadt** (14 3 74 020), Moorheilbad

Bad Gottleuba-Berggießhübel, Stadt – Gemeindeteile:  
**Bad Gottleuba** (14 2 87 015 010), Moorheilbad  
**Berggießhübel, Kurort** (14 2 87 015 030), Kneippkurort

**Bad Lausick, Stadt** (14 3 83 020), Mineralheilbad

Bad Schandau, Stadt – Gemeindeteil:  
**Bad Schandau** (14 2 87 020 10), Kneippkurort

Altenberg, Stadt – Gemeindeteile:  
**Bärenfels, Kurort** (14 2 90 010 110)  
**Falkenhain** (14 2 90 010 120)  
**Kipsdorf, Kurort** (14 2 90 010 100)  
**Oberbärenburg** (14 2 90 010 050)  
**Rehefeld-Zaunhaus** (14 2 90 010 060)  
**Schellerau** (14 2 90 010 070)  
**Waldidylle** (14 2 90 010 130)

Auerbach/Vogtland, Stadt – Gemeindeteile:  
**Beerheide** (14 1 78 030 130)  
**Schnarrtanne** (14 1 78 030 100)

Augustusburg – Gemeindeteil:  
**Augustusburg** (14 1 77 010 010)

Bad Schandau – Gemeindeteil:  
**Krippen** (14 2 87 020 050)

**Bärenstein** (14 1 71 030)

**Bärenstein, Stadt** (14 2 90 050)

**Bockau** (14 1 91 080)

Diesbar-Seußlitz – Gemeindeteil:  
**Diesbar-Seußlitz** (14 2 85 040 010)

Eibenstock, Stadt – Gemeindeteile:  
**Carlsfeld** (14 1 91 120 070)  
**Wildenthal** (14 1 91 120 050)

**Ehrenfriedersdorf, Stadt** (14 1 71 080)

Frauenstein, Stadt – Gemeindeteile:  
**Frauenstein** (14 1 77 140 030)  
**Nassau** (14 1 77 140 050)

Geising, Stadt – Gemeindeteile:  
**Geising** (14 2 90 140 030)  
**Lauenstein** (14 2 90 140 080)

Gohrisch – Gemeindeteile:  
**Cunnersdorf** (14 2 87 120 010)  
**Kleinhennersdorf** (14 2 87 120 030)  
**Papstorf** (14 2 87 120 040)

**Grünbach, Höhenluftkurort** (14 1 78 190)

Hartenstein, Stadt – Gemeindeteile:  
**Hartenstein** (14 1 93 130 010)  
**Stein** (14 1 93 130 030)

**Hermisdorf/Erzgebirge** (14 2 90 200)

Hohnstein, Stadt – Gemeindeteile:  
**Hohnstein** (14 2 87 160 050)  
**Rathewalde** (14 2 87 160 080)

**Johanngeorgenstadt, Stadt** (14 1 91 180)

Jöhstadt, Stadt – Gemeindeteile:  
**Jöhstadt** (14 1 71 190 010)  
**Schmalzgrube** (14 1 71 190 020)

**Klingenthal, Stadt** (14 1 78 250)

Königstein/Sächsische Schweiz, Stadt – Gemeindeteil:  
**Pfaffendorf** (14 2 87 190 020)

**Königswalde** (14 1 71 200)

**Lengefeld, Stadt** (14 1 81 240)

Moritzburg – Gemeindeteil:

**Friedewald, Luftkurort** (14 2 80 260 050)

Neuhausen/Erzgebirge – Gemeindeteile:

**Cämmerswalde** (14 1 77 300 010)

**Neuhausen/Erzgebirge** (14 1 77 300 050)

Niederschöna – Gemeindeteil:

**Hetzdorf** (14 1 77 310 030)

**Oberwiesenthal, Kurort, Stadt** (14 1 71 240)

**Ohorn** (14 2 92 400)

Plauen, Stadt – Gemeindeteil:

**Jößnitz** (14 1 66 000 207)

Pockau – Gemeindeteile:

**Görsdorf** (14 1 81 310 020)

**Pockau** (14 1 81 310 040)

Porsdorf – Gemeindeteil:

**Prossen** (14 2 87 300 020)

**Rathmannsdorf** (14 2 87 320)

**Rechenberg-Bienenmühle** (14 1 77 350)

**Reinhardtsdorf-Schöna** (14 2 87 330)

**Rosenthal-Bielatal** (14 2 87 350)

**Sayda, Stadt** (14 1 77 380)

Schöneck/Vogtland, Stadt – Gemeindeteile:

**Eschenbach** (14 1 78 610 020)

**Kottenheide** (14 1 78 610 040)

**Schöneck/Vogtland** (14 1 78 610 060)

Schmiedeberg – Gemeindeteil:

**Schönfeld** (14 2 90 410)

Sebnitz, Stadt – Gemeindeteile:

**Hinterhermsdorf** (14 2 87 370 020)

**Sosa** (14 1 91 310)

**Steina** (14 2 92 540)

Struppen – Gemeindeteile:

**Strand** (14 2 87 400 030)

**Thürmsdorf** (14 2 87 400 060)

**Weißig** (14 2 87 400 070)

Tharandt, Stadt – Gemeindeteile:

**Fördergersdorf** (14 2 90 440 030)

**Grillenburg** (14 2 90 440 040)

**Kurort Hartha** (14 2 90 440 050)

**Spechthausen** (14 2 90 440 070)

Thum, Stadt – Gemeindeteil:

**Thum, Stadt** (14 1 71 320 030)

**Wehlen, Stadt** (14 2 87 380)

Wolkenstein, Stadt – Gemeindeteil:

**Wolkenstein, Stadt** (14 1 81 390 020)

**Verordnung**  
**der Sächsischen Staatsregierung**  
**zur Regelung der Zuständigkeiten nach dem Energieeinsparungsgesetz**  
**und zur Durchführung der Energieeinsparverordnung**  
**(Sächsische Energieeinsparungs-Zuständigkeits- und**  
**Durchführungsverordnung – SächsEnZustDVO)**

Vom 21. Januar 2004

Aufgrund von § 7 Abs. 2 und 4 des Gesetzes zur Einsparung von Energie in Gebäuden (Energieeinsparungsgesetz – EnEG) vom 22. Juli 1976 (BGBl. I S. 1873), das zuletzt durch Artikel 32 des Gesetzes vom 10. November 2001 (BGBl. I S. 2992, 3001) geändert worden ist, wird verordnet:

**§ 1**

**Zuständigkeit**

Die unteren Bauaufsichtsbehörden sind zuständig für die Durchführung der Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und energiesparende Anlagentechnik bei Gebäuden (Energieeinsparverordnung – EnEV) vom 16. November 2001 (BGBl. I S. 3085), soweit in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist. Für Vorhaben nach § 75 der Sächsischen Bauordnung (SächsBO) vom 18. März 1999 (SächsGVBl. S. 86), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 1. September 2003 (SächsGVBl. S. 418, 427) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, ist die verantwortliche Baudienststelle zuständig.

**§ 2**

**Außer- und Inbetriebnahme von Heizkesseln,**  
**Ausstattung von Heizungsanlagen**

(1) Die fristgemäße Außerbetriebnahme von Heizkesseln und die ordnungsgemäße Dämmung nach § 9 Abs. 1, 2 und 4 EnEV werden im Zuge der Feuerstättenschau nach § 13 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über das Schornsteinfegerwesen (Schornsteinfegergesetz – SchfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. August 1998 (BGBl. I S. 2071), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2934, 2949) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, vom Bezirksschornsteinfegermeister überprüft. Im Fall der unterbliebenen Außerbetriebnahme oder nicht ordnungsgemäßen Dämmung setzt der Bezirksschornsteinfegermeister dem Eigentümer der Anlage schriftlich eine angemessene Frist zur Außerbetriebnahme oder ordnungsgemäßen Dämmung. Erfolgt die Außerbetriebnahme oder die ordnungsgemäße Dämmung nicht binnen der gesetzten Frist, hat der Bezirksschornsteinfegermeister die untere Bauaufsichtsbehörde unverzüglich zu unterrichten.

(2) Der Bezirksschornsteinfegermeister überprüft das Vorliegen einer Fachunternehmererklärung nach § 3 spätestens im Zuge der Feuerstättenschau nach § 13 Abs. 1 Nr. 2 SchfG, mit Einverständnis des Bauherrn bereits im Rahmen der Bauzustandsbesichtigung nach § 79 Abs. 6 Satz 2 SächsBO. Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

### § 3

#### **Unternehmererklärung zu heizungstechnischen Anlagen, Warmwasseranlagen und Lüftungsanlagen**

(1) Die beauftragten Fachbetriebe haben dem Bauherrn unverzüglich nach Abschluss der jeweiligen Arbeiten in einer schriftlichen Erklärung entsprechend dem Muster der Anlage 1 zu bestätigen, dass die von ihnen installierten heizungstechnischen Anlagen oder Warmwasseranlagen die Anforderungen nach den §§ 11 und 12 EnEV erfüllen. Die Anlagenaufwandzahl  $e_p$  für Heizung, Warmwasserbereitung und Lüftung nach § 13 Abs. 1 Satz 1 EnEV ist anzugeben.

(2) Die Unternehmererklärung ist vom Bauherrn aufzubewahren und der unteren Bauaufsichtsbehörde auf Verlangen vorzulegen sowie Käufern, Mietern und sonstigen Nutzungsberechtigten der Gebäude auf Anforderung zur Einsichtnahme zugänglich zu machen. Ist der Bauherr nicht mehr Eigentümer der Anlage, hat der Bauherr die Unternehmererklärung dem Eigentümer zu übergeben; die Verpflichtungen des Satzes 1 gehen damit auf den Eigentümer über.

### § 4

#### **Unternehmererklärung zu Änderungen von Gebäuden**

Die beauftragten Fachbetriebe haben dem Bauherrn unverzüglich nach Abschluss der jeweiligen Arbeiten zur Änderung eines Gebäudes im Sinne von § 8 Abs. 1 EnEV in Verbindung mit Anhang 3 Nr. 1 bis 5 zur Energieeinsparverordnung in einer schriftlichen Erklärung entsprechend dem Muster der Anlage 2 zu bestätigen, dass die Anforderungen des § 8 Abs. 1 EnEV eingehalten sind. § 3 Abs. 2 gilt entsprechend.

### § 5

#### **Energie- und Wärmebedarfsausweis**

(1) Der Energiebedarfsausweis oder Wärmebedarfsausweis gemäß § 13 EnEV als Bestandteil des allgemeinen Nachweises der Anforderungen nach der Energieeinsparverordnung ist Bestandteil der Bauvorlage gemäß § 12 Abs. 4 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Durchführung der Sächsischen Bauordnung (Durchführungsverordnung zur SächsBO – SächsBO-DurchführVO) vom 15. September 1999 (SächsGVBl. S. 553), die zuletzt durch Verordnung vom 15. Januar 2002 (SächsGVBl. S. 50) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung und von einem gemäß § 65 Abs. 1 SächsBO bauvorlageberechtigten Entwurfsverfasser zu erstellen. Bei der Erstellung ist die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 13 der Energieeinsparverordnung (AVV Energiebedarfsausweis) vom 7. März 2002 (BAnz. S. 4865), in der jeweils geltenden Fassung, zu beachten. Zieht der Entwurfsverfasser einen Sachverständigen gemäß § 56 Abs. 2 SächsBO heran, hat auch der Entwurfsverfasser den Ausweis zu unterschreiben. Eine Ausfertigung des Ausweises nach Absatz 1 ist auch dem Bauherrn auszuhändigen. § 3 Abs. 2 gilt entsprechend.

(2) Die untere Bauaufsichtsbehörde kann in begründeten Einzelfällen verlangen, dass Vollständigkeit und Richtigkeit des Energiebedarfsausweises oder des Wärmebedarfsausweises von einem Sachverständigen bescheinigt werden.

(3) Sachverständige im Sinne dieser Verordnung sind

1. bauvorlageberechtigte Personen gemäß § 65 Abs. 2 SächsBO,
2. Ingenieure der Fachrichtungen Bauphysik, Energie-, Heizungs- und Klimatechnik und entsprechender Fachrichtungen,

die in der Liste der beratenden Ingenieure nach § 17 des Gesetzes über die Errichtung einer Ingenieurkammer und zum Schutz der Berufsbezeichnung „Beratender Ingenieur“ im Freistaat Sachsen (Sächsisches Ingenieurkammergesetz – SächsIngKG) vom 19. Oktober 1993 (SächsGVBl. S. 989), in der jeweils geltenden Fassung, eingetragen sind. Sachverständige dürfen nicht tätig werden, wenn sie oder ihre Mitarbeiter bereits als Entwurfsverfasser, Nachweisersteller, Vorgutachter, Bauleiter oder Unternehmer mit dem Gegenstand der Bescheinigung befasst waren, oder wenn ein sonstiger Befangenheitsgrund vorliegt.

(4) Der Bauleiter hat bei der Bauausführung darüber zu wachen, dass die Anforderungen der Energieeinsparverordnung entsprechend den Nachweisen nach Absatz 1 eingehalten werden, und dies bei Ende der Bauarbeiten gegenüber dem Bauherrn entsprechend dem Muster der Anlage 3 zu bestätigen. § 3 Abs. 2 gilt entsprechend.

### § 6

#### **Verwendbarkeitsnachweis**

Für Bauprodukte, an die Anforderungen nach der Energieeinsparverordnung gestellt werden, sind die Nachweise über ihre Verwendbarkeit entsprechend den Regelungen des Dritten Abschnittes des Dritten Teils der Sächsischen Bauordnung zu führen.

### § 7

#### **Ausnahmen und Befreiungen**

(1) Über Ausnahmen nach § 16 Abs. 1 EnEV entscheidet die zuständige Behörde im Einvernehmen mit der zuständigen Denkmalschutzbehörde.

(2) Ist eine Baugenehmigung erforderlich, wird in diesem Verfahren über den Antrag auf Ausnahmen und Befreiungen entschieden.

### § 8

#### **Ordnungswidrigkeiten**

Ordnungswidrig im Sinne des § 8 Abs. 1 Nr. 3 EnEG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 3 Abs. 2 die Nachweise auf Verlangen der zuständigen Bauaufsichtsbehörde nicht vorlegt oder sie entgegen § 13 Abs. 4 EnEV in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Käufern, Mietern und sonstigen Nutzungsberechtigten der Gebäude auf Anforderung nicht zur Einsichtnahme zugänglich macht.

### § 9

#### **In-Kraft-Treten**

§§ 1 und 7 dieser Verordnung treten mit Wirkung vom 1. Februar 2002 in Kraft. Im Übrigen tritt diese Verordnung am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Dresden, den 21. Januar 2004

**Der Ministerpräsident  
Prof. Dr. Georg Milbradt**

**Der Staatsminister des Innern  
Horst Rasch**

► Anlagen siehe S. 30 ff.

**Anlage 1  
(zu § 3 Abs. 1)****Unternehmererklärung zur Energieeinsparverordnung  
gemäß § 3 SächsEnZustDVO****Arbeiten an heizungstechnischen Anlagen, Warmwasseranlagen und Lüftungsanlagen****1. Unternehmer/Ersteller**

Name/Firma	Telefon (mit Vorwahl)
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort

**2. Bauherr**

Name/Firma	Telefon (mit Vorwahl)
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort

**3. Vorhaben**

Standort des Gebäudes (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, ggf. Flurstücksnummer)
---

**4. Art der Anlage(n)**

<input type="checkbox"/> heizungstechnische Anlage	<input type="checkbox"/> Warmwasseranlage	<input type="checkbox"/> Lüftungsanlage
Beschreibung:		

**5. Erklärung**

<b>Die unter Nummer 4 genannten Anlagen erfüllen die Anforderungen nach § 11 und § 12 EnEV.</b>	
<b>Die Anlagenaufwandszahl <math>e_p</math> zur Ermittlung des Jahres-Primärenergiebedarfs <math>Q_p</math></b>	
beträgt _____.	
Bei mehreren Anlagen ist die Anlagenaufwandszahl aus den Teil-Anlagenaufwandszahlen unter Ansatz der jeweiligen Energieanteile zu ermitteln. Der Nachweis nach Anhang 1 Nr. 2 oder 3 EnEV in Verbindung mit DIN V 4701-10: 2001-02 Nr. 4.2.6 ist als Anlage beizufügen.	
Ort, Datum	Unterschrift des Unternehmers/Erstellers

**Anlage 2  
(zu § 4)****Unternehmererklärung zur Energieeinsparverordnung  
gemäß § 4 SächsEnZustDVO****Änderung von Außenbauteilen****1. Unternehmer/Ersteller**

Name/Firma	Telefon (mit Vorwahl)
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort

**2. Bauherr**

Name/Firma	Telefon (mit Vorwahl)
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort

**3. Vorhaben**

Standort des Gebäudes (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, ggf. Flurstücksnummer)
Art der baulichen Änderung gemäß § 8 Abs. 1 EnEV in Verbindung mit Anhang 3:

**4. Erklärung**

Die Anforderungen des Anhangs 3 zur EnEV werden eingehalten. Die Nachweise sind als Anlage beizufügen.	
Ort, Datum	Unterschrift des Unternehmers/Erstellers

**Anlage 3  
(zu § 5 Abs. 4)****Erklärung des Bauleiters  
über die Einhaltung der Anforderungen  
entsprechend dem Energie- oder Wärmebedarfsausweis  
gemäß § 5 Abs. 4 SächsEnZustDVO****1. Bauleiter**

Name/Firma	Telefon (mit Vorwahl)
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort

**2. Bauherr**

Name/Firma	Telefon (mit Vorwahl)
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort

**3. Vorhaben**

Standort des Gebäudes (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, ggf. Flurstücksnummer)
---

**4. Erklärung**

<b>Das Gebäude wurde den Bauvorlagen entsprechend ausgeführt. Damit werden unter der Voraussetzung der Übereinstimmung der Bauvorlagen mit dem Energie- und/oder Wärmebedarfsausweis die Anforderungen der Energieeinsparverordnung erfüllt.</b>	
Ort, Datum	Unterschrift des Bauleiters



**Verordnung**  
**des Sächsischen Staatsministeriums des Innern**  
**zur Änderung und Aufhebung von Verordnungen**  
**Vom 28. Januar 2004**

**Artikel 1**

**Änderung der Sächsischen Nebentätigkeitsverordnung**

In § 12 Abs. 2 der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Nebentätigkeit der Beamten und Richter im Freistaat Sachsen (Sächsische Nebentätigkeitsverordnung – SächsNTVO) vom 21. Juni 1994 (SächsGVBl. S. 1110), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 11. Dezember 2001 (SächsGVBl. S. 725, 726) geändert worden ist, werden die Worte „im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen“ gestrichen.

**Artikel 2**

**Änderung der Sächsischen Laufbahnverordnung**

Die Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Laufbahnen der Beamten und Richter im Freistaat Sachsen (Sächsische Laufbahnverordnung – SächsLVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. August 2000 (SächsGVBl. S. 398) wird wie folgt geändert:

1. § 7 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 7 wird aufgehoben.
  - b) Der bisherige Absatz 8 wird Absatz 7.
2. In § 14 Abs. 2 werden die Worte „und dem Staatsministerium der Finanzen“ gestrichen.
3. § 44 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 4 wird aufgehoben.
  - b) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 4.

**Artikel 3**

**Änderung der Sächsischen Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen kartographischen Verwaltungsdienst**

Die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Ausbildung und Prüfung für den gehobenen kartographischen Verwaltungsdienst (Sächsische Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen kartographischen Verwaltungsdienst – SächsKartAPO-gD) vom 24. November 1993 (SächsGVBl. S. 1257) wird aufgehoben.

**Artikel 4**

**Änderung der Sächsischen Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren kartographischen Verwaltungsdienst**

Die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Ausbildung und Prüfung für den mittleren kartographischen Verwaltungsdienst (Sächsische Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren kartographischen Verwaltungsdienst – SächsKartAPO-mD) vom 3. Juni 1993 (SächsGVBl. S. 510) wird aufgehoben.

**Artikel 5**

**In-Kraft-Treten**

Die Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Dresden, den 28. Januar 2004

**Der Staatsminister des Innern**  
**Horst Rasch**

**Verordnung**  
**des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales**  
**über die Erweiterung der Beitragspflicht zur Tierseuchenkasse**  
**Vom 29. Januar 2004**

Aufgrund von § 16 Abs. 1 Satz 4 des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz – Landestierseuchengesetz – (SächsAGTierSG) vom 22. Januar 1992 (SächsGVBl. S. 29), das zuletzt durch Artikel 7 der Verordnung vom 10. April 2003 (SächsGVBl. S. 94) geändert worden ist, wird im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft verordnet:

**§ 1**

**Beiträge**

Durch die Tierseuchenkasse sind für Ziegen Beiträge gemäß § 16 SächsAGTierSG zu erheben.

**§ 2**

**In-Kraft-Treten**

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2004 in Kraft.

Dresden, den 29. Januar 2004

**Die Staatsministerin für Soziales**  
**Helma Orosz**

**Verordnung**  
**des Regierungspräsidiums Chemnitz**  
**über die Festlegung eines Planungsgebietes zur Sicherung der Planung für den Bau der**  
**Zschopauer Straße (B 174) zwischen Cervantesstraße und Gornauer Straße in Chemnitz**  
**Vom 20. Januar 2004**

Aufgrund von § 9a Abs. 3 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 2003 (BGBl. I S. 286) in Verbindung mit der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über Zuständigkeiten nach dem Bundesfernstraßengesetz (FStrGZuVO) vom 15. Dezember 1992 (SächsGVBl. 1993 S. 3), zuletzt geändert durch Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit vom 6. September 1994 (SächsGVBl. S. 1561) wird verordnet:

**§ 1**

(1) Zur Sicherung der Planung für das Verkehrsbauvorhaben Zschopauer Straße (B 174) zwischen Cervantesstraße und Gornauer Straße wird ein Planungsgebiet in der Stadt Chemnitz festgelegt. Es wird durch eine Linie begrenzt die bei Punkt 1 beginnt, über die Punkte 2 bis 9 verläuft und wieder zum Punkt 1 führt und dort endet. Die Lagebezeichnung der Punkte ist nachfolgend aufgeführt:

Punkt-Nr.	Lagebezeichnung der Grenzpunkte des Planungsgebietes
1	Gelegen auf der nordwestlichen Grenze des Flurstückes 348 der Gemarkung Adelsberg im Abstand von 23 m zur nordöstlichen Flurstücksgrenze 442/1 der Gemarkung Reichenhain (Straßenflurstück B 174); <i>von hier verläuft die Linie in südöstlicher Richtung im Abstand von 23 m parallel zur nordöstlichen Grenze des Flurstückes 442/1 der Gemarkung Reichenhain (Straßenflurstück B 174) zu Punkt 2.</i>
2	Gelegen auf der südöstlichen Grenze des Flurstückes 893 der Gemarkung Adelsberg im Abstand von 23 m zur nordöstlichen Flurstücksgrenze 442/1 der Gemarkung Reichenhain (Straßenflurstück B 174); <i>von hier verläuft die Linie in südöstlicher Richtung geradlinig zu Punkt 3.</i>
3	Schnittpunkt der nordwestlichen Grenze des Flurstückes 938 der Gemarkung Adelsberg mit der nordöstlichen Grenze des Flurstückes 442/1 der Gemarkung Reichenhain (Straßenflurstück B 174); <i>von hier verläuft die Linie entlang der nordöstlichen Grenze des Flurstückes 442/1 der Gemarkung Reichenhain (Straßenflurstück B 174) und weiter entlang der östlichen Grenze des Flurstückes 442/3 der Gemarkung Reichenhain (ebenfalls Straßenflurstück B 174) bis zum Punkt 4.</i>
4	Gelegen auf der nordöstlichen Grenze des Flurstückes 442/3 der Gemarkung Reichenhain (Straßenflurstück B 174) und dort in einer Entfernung von 10 m südlich des nordwestlichen Eckpunktes des Flurstückes 990 der Gemarkung Adelsberg; <i>von hier verläuft die Linie in südwestlicher Richtung, das Flurstück 442/3 der Gemarkung Reichenhain (Straßenflurstück B 174) querend, entlang der südöstlichen Grenzen der Flurstücke 279, 280, 283 und 284 der Gemarkung Reichenhain bis zum Punkt 5.</i>
5	Gelegen am südwestlichen Eckpunkt des Flurstückes 279 der Gemarkung Reichenhain; <i>von hier verläuft die Linie geradlinig in nördlicher Richtung die Flurstücke 265/5 und 259 der Gemarkung Reichenhain querend bis zum Punkt 6.</i>
6	Gelegen auf der Grenze zwischen den Flurstücken 259 und 252 der Gemarkung Reichenhain in einem Abstand von 110 m vom nordöstlich vorhandenen Schnittpunkt dieser gemeinsamen Grenze mit der südwestlichen Grenze des Flurstückes 442/1 der Gemarkung Reichenhain (Straßenflurstück B 174); <i>von hier verläuft die Linie die Flurstücke 252 und 251d der Gemarkung Reichenhain in nördlicher Richtung querend bis zum Punkt 7.</i>
7	Südlicher Eckpunkt des Flurstückes 251/1 der Gemarkung Reichenhain; <i>von hier verläuft die Linie die Flurstücke 251/1, 252/2, 251a und 251e geradlinig in nordwestlicher Richtung querend bis zum Punkt 8.</i>
8	Befindet sich auf der gemeinsamen Grenze der Flurstücke 251e und 241 der Gemarkung Reichenhain in einer Entfernung von 23 m vom nordöstlich gelegenen Schnittpunkt dieser Grenze mit der südwestlichen Grenze des Flurstückes 442/1 der Gemarkung Reichenhain (Straßenflurstück B 174); <i>von hier aus verläuft die Linie in nordwestlicher Richtung im Abstand von 23 m parallel zur südwestlichen Grenze des Flurstückes 442/1 der Gemarkung Reichenhain (Straßenflurstück B 174) bis zum Punkt 9.</i>
9	Gelegen auf der Grenze der beiden Flurstücke 148 und 186/7 der Gemarkung Reichenhain in einem Abstand von 23 m zum nördlichen Eckpunkt des Flurstückes 186/3 der Gemarkung Reichenhain; <i>von hier verläuft die Linie geradlinig bis zum Punkt 1.</i>
1	Gelegen auf der nordwestlichen Grenze des Flurstückes 348 der Gemarkung Adelsberg im Abstand von 23 m zur nordöstlichen Flurstücksgrenze 442/1 der Gemarkung Reichenhain (Straßenflurstück B 174).

Die von diesem Planungsgebiet erfassten Flurstücke und ihre Betroffenheit sind in nachfolgender Tabelle aufgeführt:

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Flurstück</b>	<b>Gemarkung</b>	<b>Bestandteil am Planungsgebiet</b>	<b>dargestellt in Teilkarte</b>
1	348	Adelsberg	teilweise	1
2	349	Adelsberg	teilweise	1
3	350	Adelsberg	teilweise	1
4	351	Adelsberg	teilweise	1
5	381	Adelsberg	teilweise	1
6	400	Adelsberg	teilweise	1
7	401	Adelsberg	teilweise	1
8	402	Adelsberg	vollständig	1
9	403/1	Adelsberg	teilweise	1
10	404/1	Adelsberg	teilweise	1
11	404/14	Adelsberg	teilweise	1
12	404/15	Adelsberg	teilweise	1
13	441/1	Adelsberg	teilweise	1
14	443/1	Adelsberg	teilweise	1+2
15	443/2	Adelsberg	teilweise	1+2
16	443/3	Adelsberg	teilweise	1
17	444	Adelsberg	teilweise	2
18	688	Adelsberg	teilweise	2
19	689/1	Adelsberg	teilweise	2+3
20	689/2	Adelsberg	teilweise	2+3
21	689/3	Adelsberg	teilweise	2+3
22	796/2	Adelsberg	teilweise	2
23	875/1	Adelsberg	teilweise	2+3
24	875/2	Adelsberg	teilweise	3
25	876	Adelsberg	teilweise	3
26	884	Adelsberg	teilweise	3
27	886	Adelsberg	teilweise	3
28	888	Adelsberg	teilweise	3
29	892/5	Adelsberg	teilweise	3+4
30	893	Adelsberg	teilweise	4
31	894/3	Adelsberg	teilweise	4
32	894/4	Adelsberg	teilweise	4
33	894/5	Adelsberg	teilweise	4
34	933	Adelsberg	teilweise	4
35	934/1	Adelsberg	teilweise	4
36	934/2	Adelsberg	teilweise	4
37	935	Adelsberg	teilweise	4
38	186/3	Reichenhain	vollständig	1
39	186/7	Reichenhain	teilweise	1
40	187a	Reichenhain	teilweise	1
41	187b	Reichenhain	teilweise	1
42	187c	Reichenhain	teilweise	1
43	187d	Reichenhain	teilweise	1
44	187e	Reichenhain	teilweise	1
45	187f	Reichenhain	teilweise	1

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Flurstück</b>	<b>Gemarkung</b>	<b>Bestandteil am Planungsgebiet</b>	<b>dargestellt in Teilkarte</b>
46	187g	Reichenhain	teilweise	1
47	187h	Reichenhain	teilweise	1
48	187i	Reichenhain	teilweise	1
49	187k	Reichenhain	teilweise	1
50	187l	Reichenhain	teilweise	1
51	187m	Reichenhain	teilweise	1
52	187n	Reichenhain	teilweise	1+2
53	219/1	Reichenhain	teilweise	2
54	219/2	Reichenhain	teilweise	2
55	219/3	Reichenhain	teilweise	2
56	220	Reichenhain	teilweise	2
57	221/1	Reichenhain	teilweise	2
58	221/2	Reichenhain	teilweise	2
59	223/13	Reichenhain	teilweise	3
60	223/18	Reichenhain	teilweise	2+3
61	223/3	Reichenhain	teilweise	2+3
62	223/4	Reichenhain	teilweise	3
63	236/2	Reichenhain	teilweise	3
64	240a	Reichenhain	vollständig	3
65	241	Reichenhain	teilweise	4
66	242/1	Reichenhain	teilweise	3+4
67	251/1	Reichenhain	teilweise	4
68	251/2	Reichenhain	teilweise	4
69	251a	Reichenhain	teilweise	4
70	251d	Reichenhain	teilweise	4
71	251e	Reichenhain	teilweise	4
72	252	Reichenhain	teilweise	4/5
73	259	Reichenhain	teilweise	5+6
74	265/5	Reichenhain	teilweise	6+7
75	279	Reichenhain	teilweise	7
76	280	Reichenhain	vollständig	7
77	283	Reichenhain	vollständig	7
78	284	Reichenhain	vollständig	7
79	442/1	Reichenhain	teilweise	1-6
80	442/3	Reichenhain	teilweise	1-7
81	457	Reichenhain	teilweise	1

(2) Auf die Festlegung des Planungsgebietes wird in der Stadt Chemnitz hingewiesen.

Das festgelegte Planungsgebiet und seine Grenzen sind aus einer Übersichtskarte mit sieben Teilkarten ersichtlich, die während der Dauer der Festlegung des Planungsgebietes in der Stadt Chemnitz, im Stadtentwicklungsamt, Abteilung Verkehrsplanung, Annaberger Straße 93 im 4. Stock während der Dienststunden zur Einsicht ausliegen.

## § 2

Vom Tage des In-Kraft-Tretens der Verordnung an dürfen auf den im Planungsgebiet liegenden Flächen wesentlich wertsteigernde oder den geplanten Straßenbau erheblich erschwerende Veränderungen nicht vorgenommen werden. Ausnahmen können nach § 9a Abs. 5 Bundesfernstraßengesetz zugelassen werden, wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegen stehen. Veränderungen, die in rechtlich zulässiger Form vor dem In-Kraft-Treten der Verordnung begonnen worden sind, Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden nach § 9a Abs. 1 Satz 2 und 3 Satz 4 Bundesfernstraßengesetz hiervon nicht berührt. Zuwiderhandlungen können

gemäß § 23 Abs. 1 Nr. 10 und Abs. 2 Bundesfernstraßengesetz als Ordnungswidrigkeit geahndet werden.

## § 3

Die Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Sie tritt mit Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren nach § 73 Abs. 3 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102) in Verbindung mit § 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsVwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. September 2003 (SächsGVBl. S. 614) oder zu dem Zeitpunkt, zu dem den Betroffenen nach § 73 Abs. 3 VwVfG Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen, außer Kraft, spätestens jedoch zwei Jahre nach ihrem In-Kraft-Treten.

Chemnitz, den 20. Januar 2004

**Regierungspräsidium Chemnitz**  
Noltze  
Regierungspräsident

## Verordnung des Regierungspräsidiums Leipzig zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über die Festlegung des Planungsgebietes zur Sicherung der Planung für den Bau der Staatsstraße 32, Lommatzsch – Waldheim, Verlegung in Döbeln, vom 13. Februar 2002 Vom 21. Januar 2004

Aufgrund des § 37 Abs. 1 Satz 3 und des § 39 Abs. 7 des Straßengesetzes für den Freistaat Sachsen (Sächsisches Straßengesetz – SächsStrG) vom 21. Januar 1993 (SächsGVBl. S. 93), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 1. September 2003 (SächsGVBl. S. 418, 425) geändert worden ist, wird verordnet:

## § 1

Die Geltungsdauer der Verordnung des Regierungspräsidiums Leipzig über die Festlegung des Planungsgebietes zur Sicherung der Planung für den Bau der Staatsstraße 32, Lommatzsch – Waldheim, Verlegung in Döbeln, vom 13. Februar 2002

(SächsGVBl. S. 99), in Kraft getreten am 13. März 2002, wird um zwei Jahre bis zum 12. März 2006 verlängert.

## § 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Leipzig, den 21. Januar 2004

**Regierungspräsidium Leipzig**  
Steinbach  
Regierungspräsident

## Berichtigung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus der Verordnung zur Änderung der Schulordnung Förderschulen, der Schulordnung Mittelschulen, der Verordnung über die Abschlussprüfungen an Mittelschulen des Freistaates Sachsen, der Schulordnung Gymnasien und der Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung Vom 19. Januar 2004

Die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Schulordnung Förderschulen, der Schulordnung Mittelschulen, der Verordnung über die Abschlussprüfungen an Mittelschulen des Freistaates Sachsen, der Schulordnung Gymnasien und der Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung vom 8. Oktober 2003 (SächsGVBl. S. 641, 643) wird wie folgt berichtigt:

Artikel 2, Nummer 8b) muss lauten:

„In Absatz 6 Satz 3 wird das Wort ‚auch‘ gestrichen.“

Dresden, den 19. Januar 2004

**Sächsisches Staatsministerium für Kultus**  
Polak  
Abteilungsleiterin





---

Abs.: SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden  
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, VKZ F 48 501, Deutsche Post AG

---

---

**HERAUSGEBER**

Sächsische Staatskanzlei, Archivstraße 1, 01097 Dresden  
Telefon (03 51) 5 64 11 84, Fax (03 51) 5 64 11 98  
E-Mail: GVBI-ABI@dd.sk.sachsen.de

**VERLAG, HERSTELLUNG und VERSAND**

SV SAXONIA Verlag für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH, HRB 9757,  
Lingnerallee 3, 01069 Dresden, Telefon (03 51) 4 87 43 66  
Fax (03 51) 4 87 47 49; E-Mail: office@saxonia-verlag.de  
**Abo-Adressverwaltung, Bestellungen:** Frau Bothe, Telefon (03 51) 4 87 43 66  
Bei allen schriftlichen Mitteilungen an den Verlag bitten wir Sie, Ihre Kunden-Nr.  
(1. Zeile des Adress-Etiketts) anzugeben.

Bankverbindung: Postbank Leipzig, Kto.-Nr. 1445 88-906, BLZ 860 100 90

**ERSCHEINUNGSHINWEISE**

Das Sächsische Gesetz- und Verordnungsblatt erscheint nach Maßgabe des Herausgebers.

**BEZUG**

Das Sächsische Gesetz- und Verordnungsblatt wird im Auftrag des Herausgebers vom SAXONIA Verlag ausgeliefert. Bestellungen sind generell schriftlich an den SAXONIA Verlag, Abteilung Versand zu richten.

**BEZUGSBEDINGUNGEN**

Der Preis für ein **Jahresabonnement** des Sächsischen Gesetz und Verordnungsblattes beträgt 56,00 €.

Die Aufnahme ins Abonnement ist jederzeit möglich und erfolgt zu Monatsbeginn zum anteiligen Jahresabonnementspreis. Noch vor dem Monatsbeginn liegende Ausgaben können zum Einzelstückpreis bezogen werden.

**Reklamationsfrist:** vier Wochen nach Erscheinen

**Kündigungen** für das folgende Kalenderjahr müssen mindestens sechs Wochen vor Jahresende schriftlich beim SAXONIA Verlag vorliegen.

Der Preis für **Einzelstücke** beträgt 1,80 € bis zu 8 Seiten Umfang, für weitere jeweils angefangene 8 Seiten werden 0,40 € berechnet (bei Versand zzgl. Versandkosten).

*Alle oben genannten Preise verstehen sich zuzüglich gesetzlicher Mehrwertsteuer, Porto und Versandkosten.*

Der **Einzelpreis** für das vorliegende Sächsische Gesetz- und Verordnungsblatt beträgt 4,49 € (inklusive 7 % MwSt., bei Versand zzgl. Versandkosten).

ISSN 0941-3006

Internet: <http://www.recht-sachsen.de>